

Stellungnahme der ProDG-Fraktion: Plenarsitzung 10.10.2011

Es gilt das gesprochene Wort

Debatte zur Regierungserklärung: Alfons Velz

Sehr geehrter Herr Präsident, Sehr geehrte Damen und Herren aus Parlament und Regierung ,

Es ist für einen Parlamentarier einer Mehrheitsfraktion immer so etwas wie ein Drahtseilakt, die Regierungserklärung kritisch unter die Lupe zu nehmen, denn einerseits ist dieser Parlamentarier politisch mitverantwortlich für die Mehrheitspolitik und von daher an der Vorbereitung dieser Erklärung indirekt selbst beteiligt, andererseits erwartet man aber von ihm, dass er dieser Erklärung objektiv wertend gegenübertreten soll.

Ich darf Ihnen versichern, dass wir als Mehrheitspolitiker unsere Kontrollaufgabe sehr ernst nehmen. Ich werde in den nächsten Minuten versuchen, diesen Spagat zu bewältigen.

Zum Dokument allgemein lässt sich sagen, dass es ein sehr gutes und auch allgemein verständliches Dokument ist, nicht zu lang und doch umfassend, nicht beschönigend aber auch nicht schwarzmalersch, dafür sachbezogen, zielgerichtet und realistisch.

Die **Regierungserklärung ist realistisch**, denn sie bettet die Politik der DG, also die Gestaltung der Lebensumstände der Menschen, die auf dem Territorium der deutschsprachigen Gemeinschaft leben, in einen Rahmen ein, dem wir einesteils unterworfen sind, ohne auf ihn einwirken zu können, den wir anderenteils aber auch durch die Politik der letzten Jahre selbst abgesteckt haben.

An diesem Rahmen hat die Regierung in ihrer Erklärung vier große Eckpfeiler ausgemacht, die wir als ProDG-Fraktion für sehr zutreffend halten:

Da sind

1. erstens die finanziellen Zwänge und Einbußen durch die Finanz- und Schuldenkrisen der letzten Jahre;
2. zweitens das Tagesgeschäft, die vielen Dienstleistungen der

DG, bestimmt durch die Weichenstellungen der letzten Jahre und das ständige Optimieren, Verfeinern und Anpassen an veränderte Bedingungen und langfristige Konzepte;

3. drittens die Entwicklung von Visionen und deren Umsetzung für die Verbesserung der Lebensqualität der Bürger der DG mit Hilfe des Regionalen Entwicklungskonzeptes, kurz REK genannt;
4. viertens die Entwicklung des belgischen Föderalstaates, die Fortschritte der letzten Wochen in diesem Bereich und deren Auswirkungen auf die DG;

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf diese vier Eckpfeiler, die unseren Rahmen abstecken, ein wenig näher eingehen:

1. die **erste in der Regierungserklärung genannt Rahmenbedingung** ist vorgegeben durch die Wirtschafts- und Finanzkrise der vergangenen Jahre und die erneute, aktuelle Schulden- und Bankenkrise, beide verursacht durch einflussreiche Menschen, die grob fahrlässig gehandelt haben und anschließend aus Fehlern offensichtlich nicht die richtigen Lehren gezogen haben.

Die überwiegende Mehrzahl der Menschen in der DG weiß, wie man vernünftig haushält, wie man sich nicht überschuldet und was es heißt, die Finanzen wie ein guter Familienvater zu führen. Dennoch werden auch diese Menschen unter den Folgen der erneuten Krise leiden, die von unverantwortlichen Raubtierspekulanten angestoßen wurde UND immer noch wird. Das ist empörend, denn wieder müssen diejenigen die Suppe auslöffeln, die sie NICHT eingebrockt haben. Und dazu gehören auch Parlament und Regierung der DG,

Und da bringt es absolut nichts, die Schuldensituation der DG mit der Griechenlands auf eine Stufe zu stellen, wer so etwas behauptet, der verwischt wissentlich und willentlich wesentliche Unterschiede, handelt also unverantwortlich und grob fahrlässig. Wer durch solche unzutreffenden Vergleiche mit aller Gewalt versucht, die bodenständige Investitionspolitik der Mehrheit als leichtsinnig und verantwortungslos darzustellen, der

vertuscht bewusst, dass hier in der DG den Schulden handfeste und vor allem nachhaltige Infrastrukturen, also Vermögenswerte gegenüber stehen, die jetzt und erst recht später allen Menschen in der DG zugute kommen, vor allem aber denen, die unser Gemeinwesen morgen gestalten werden, den jungen Leuten nämlich, die aktuell und in den kommenden Jahren in der Ausbildung stehen. Wir stehen zu diesen Investitionen, weil sie Investitionen in unsere Zukunft sind, Investitionen, die jeder gute Familienvater ohne Bedenken auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten tätigen würde. Aber für diese Debatte wird es in den Haushaltsberatungen der kommenden Wochen ausreichend Gelegenheit geben.

2. Die **zweite in der Regierungserklärung aufgegriffene Rahmenbedingung** ergibt sich aus dem, was in den vergangenen Jahren entworfen und auf den Weg gebracht wurde und was logischerweise inzwischen zum **Tagesgeschäft** geworden ist.

Die rund 2000 Projekte mit einem Investitionsvolumen von rund 400 Millionen Euro in einem guten Dutzend von Jahren stellen eine stolze Leistungsbilanz dar. Sie waren und sind erforderlich, damit die vielen Dienstleistungen für unsere Bevölkerung optimal erbracht werden können. Spätestens gegen Ende dieser Legislaturperiode dürften wohl alle Dienstleistungen, für welche die DG zuständig ist, über sehr gute Arbeitsbedingungen verfügen, von den Schulen, Krankenhäusern und Altenheimen angefangen über die Bauhöfe der Gemeinden bis hin zu den Kultur- und Sportstätten.

Angesichts der oben angesprochenen Finanzsituation muss die Regierung selbstverständlich mit viel Bedacht und Weisheit einen Haushalt aufstellen, der alle von der DG organisierten und unterstützten Dienstleistungen weiterhin gewährleistet. Dass dies keine leichte Aufgabe sein wird, ist uns klar, und wir werden die Handlungen der Regierung diesbezüglich auch mit wachsamem Auge verfolgen.

All das wäre natürlich reiner Aktivismus, würde man diese Dienstleistungen nicht ständig auch inhaltlich dekretal begleiten, hinterfragen und optimieren. Ständig werden - vor

allem im Unterrichtswesen - vorhandene Dekrete zeitnah und im Rahmen des bildungspolitischen Gesamtkonzeptes an veränderte Bedürfnisse und Gegebenheiten angepasst, neue Dekrete stehen an. Die ProDG-Fraktion wird weiterhin aktiv an der Ausgestaltung dieser Dekrete mitarbeiten, bis der größtmögliche Mehrwert für die betroffenen Bürger erreicht ist.

Diesbezüglich hörte man aus Oppositionskreisen in letzter Zeit gelegentlich den Vorwurf, das alles ginge viel zu schnell, man solle doch die Leute einfach mal arbeiten lassen, man überfordere die Betroffenen und schränke ihre Freiheit ein usw.

Mit Bürokratismus und Einschränkung der Freiheit durch genauere Vorgaben oder Leistungsdruck hat das nichts zu tun, erst recht nicht mit Kontrolle - im Gegenteil: hier werden maßgeschneiderte Lösungen geschaffen, ausgehend von guten Beispielen im In- und Ausland und angepasst an hiesige Verhältnisse. Ich nenne da mal beispielhaft das Förderdekret, das neue Wege beschritten hat und dessen Umsetzung im Augenblick in Zusammenarbeit mit der weltweit renommierten Hochschule für Heilpädagogik in Zürich stattfindet.

3. **Die dritte Rahmenbedingung** ist der jüngsten Repräsentativumfrage zufolge einer breiten Öffentlichkeit noch nicht sehr bekannt oder geläufig: das REK. Das muss sich ändern, und das wird sich ändern, denn der Fahrplan in eine innovative und nachhaltige Zukunft der offenen Gemeinschaft DG hat es in sich, und er verdient es dass die Öffentlichkeit durch Information und aktive Beteiligung da einbezogen wird.

Positiv fällt ins Auge, dass etwa ein Fünftel der vorgesehenen Arbeitsschritte dieses Konzeptes schon konkret umgesetzt worden sind, auch wenn es sich dabei größtenteils um die ersten Schritte handelt, also um die Planungs- und Konzertierungsphase

Für sehr wichtig erachten wir auch die **Bescheidenheit unserer Akteure**, scheuen sie sich doch nicht, immer wieder über den

Tellerrand zu schauen, um sowohl von den direkten Nachbarn zu lernen als auch bei etwas entfernter gelegenen Partnern, die mit ähnlichen Rahmenbedingungen zu kämpfen haben wie wir, nach praktikablen Lösungen zu suchen

Gelegentlich hört man hier aus Oppositionskreisen den Vorwurf, das alles ginge nicht schnell genug, man erwartet Schnellschüsse aus der Hüfte heraus. Aber wie heißt es so schön im Volksmund: "Gut Ding will Weile haben" also tut man gut daran, nicht das Pferd am Schwanz aufzuzäumen und so Steuergelder in den Sand zu setzen.

Eine genauere Lektüre der Auflistung der schon geleisteten Arbeitsschritte in der Anlage zum REK zeigt auf jeden Fall, dass man in allen 16 Projekten der fünf großen Bereiche (Grenzregion, Wirtschaftsregion, Bildungsregion, Solidarregion, Lebensregion) nichts dem Zufall überlässt, sondern zielführend vorgeht.

4. **Die vierte Rahmenbedingung, die Entwicklung des belgischen Föderalstaates** ist in der Öffentlichkeit besser wahrgenommen worden in letzter Zeit. Das mag daran liegen, dass die **Erwartungen** der Menschen an die Verhandlungspartner in Brüssel sehr **hoch** lagen und man seit langer Zeit auf weißen Rauch aus Brüssel wartete. Dazu haben aber mit Sicherheit auch die durch die Medien begleiteten **Veranstaltungen und Anhörungen** im Parlament zum Thema beigetragen.

Und das Schöne dabei ist, dass **nicht nur wir von den angehörten Experten aus Brüssel**, der Wallonie oder Flandern **lernen durften**, sondern dass man mehrfach deutlich merken konnte, dass auch **bei den Experten manchmal der Groschen fiel**: einige Experten dürften ebenso viel von der DG erfahren haben wie wir von ihren Ansichten, ich denke da z.B. an ganze Problematik um das Steueraufkommen der Privatpersonen und das Pendlerthema.

Eines ist im Laufe der Anhörungen über den Sommer hinüber und in den Herbst hinein auf jeden Fall deutlich geworden: Wir haben als Parlament in mehrfacher Hinsicht richtig gehandelt

- ⤴ wir haben zunächst einmal entgegen der Stimmungsmache der damaligen Druckgruppen - **richtig gehandelt**, als wir als Parlament der DG den **Interessenkonflikt zum Thema BHV** vor zwei Jahren angemeldet haben und uns damit für den Weg der Verhandlungen und nicht für den Weg der Brechstange entschieden haben.
- ⤴ Wir haben ganz sicher richtig gehandelt als wir am 27. Juni deutlich und unmissverständlich zum wiederholten Male, aber diesmal - und das ist eben das Wichtige - in einer **parlamentarischen Grundsatzerklärung** unsere Bereitschaft bekundet haben, gleichberechtigter föderaler Gliedstaat zu bleiben und die damit verbundenen Herausforderungen anzunehmen.
- ⤴ Wir haben ganz sicher richtig gehandelt, weil der Zeitpunkt, uns deutlich zu positionieren, im Juni genau der richtige war, besser hätten wir den Einwurf nicht platzieren können !
- ⤴ Wir haben weiterhin richtig gehandelt, weil wir haben deutlich machen können, dass wir in den mehr als dreißig Jahren, während derer wir Gesetzeshoheit in den personenbezogenen Materien ausgeübt haben, diese Materien mindestens ebenso gut haben gestalten können wie die anderen großen Einheiten mit Gesetzeshoheit, Flandern, Wallonien und Brüssel.
- ⤴ Und wir haben schließlich richtig gehandelt, weil durch die Anhörungen und Veranstaltungen immer mehr Menschen bewusst geworden ist, dass ein Belgien zu viert so wie wir es formuliert haben, genau den vier Wirklichkeiten entspricht, aus denen Belgien seit der Festlegung der Sprachengrenzen in den 60er Jahren besteht.

Wir sehen sie hier sehr deutlich auf der Karte, die mit der Parlamentszeitung in jeden Haushalt der DG gegangen ist: es sind die vier Sprachgebiete, denen vier unterschiedliche kulturelle, wirtschaftliche, steuerliche und soziale Wirklichkeiten zu Grunde liegen.

Nicht zufällig haben nämlich die großen belgischen Staatsmänner

Ende der sechziger Jahre genau diese vier Sprachgebiete, diese vier Wirklichkeiten in der Verfassung verankert. Es ist ermutigend zu sehen, dass man jetzt zu diesen Wirklichkeiten zurückkehrt, nachdem man sie vorübergehend aus den Augen verloren zu haben schien, und ich wage zu behaupten, dass die Einigung über BHV auch etwas mit dieser zunehmenden Erkenntnis zu tun hat.

Aber andererseits liegt ja genau da auch - ja auch jetzt noch, nach den erfolgten Einigungen, die schwierige Aufgabe, Gerechtigkeit und Vertrauen zu schaffen, einen für alle Teile zufrieden stellenden Finanzierungsschlüssel zu entwickeln. Deutlich ist in dem Zusammenhang geworden, dass wir für die DG mit ihrer eigenen Wirklichkeit auch einen eigenen Finanzierungsmechanismus brauchen. Und da ist es wohl müßig, darauf hinzuweisen, wie wichtig die weiteren Verhandlungen für uns sein werden.

Wir haben also bisher richtig gehandelt, aber wir müssen auch in Zukunft weiter richtig handeln, und zwar indem wir uns weiter der durch unsere relativ geringe Größe bedingten Fallstricke ständig bewusst bleiben. Wann handeln wir weiterhin richtig ?

Wir handeln weiterhin richtig,

1. wenn wir Bürokratie einschränken, abbauen oder gar nicht erst entstehen lassen, nach dem Vorbild der Übertragung der Aufsicht über die untergeordneten Behörden: der Gemeinden, der ÖSHZ und der Kirchenfabriken.
2. wenn wir jeder Verfilzung von vornherein durch Transparenz und Offenheit, Ausschreibungen und Prüfungen jede Chance nehmen,
3. wenn wir die Zusammenarbeit mit anderen Regionen und Gemeinschaften und mit Nachbarländern weiter ausbauen, wenn wir auf diese Weise die **Brückenfunktion** unserer Gemeinschaft systematisch ausbauen und Kooperationen zwischen Nachbarn anstreben, ein ständiges Geben und Nehmen
4. wenn wir alles in unserer Macht stehende tun, um unsere Jugend auf allen Ebenen fit zu machen, und das mindestens zweisprachig, wenn eben möglich mehrsprachig. Auf Bildung zu setzen ist die beste und nachhaltigste Investition, die wir tätigen können - man kann es nicht oft genug wiederholen, ja man

muss es ständig wiederholen: Für die gute Bildung und Ausbildung unserer Jugend darf uns kein Einsatz zu schade sein!

Denn, meine Damen und Herren, die verstärkte Autonomie, die wir anstreben, ist kein Selbstzweck, wir streben sie an, weil wir sicher sind, dass wir dadurch die Lebensumstände unserer Bevölkerung schrittweise immer mehr verbessern können.

Wir sind der festen Überzeugung, dass wir hier vor Ort sehr gut wissen, was für die Menschen in der DG gut ist, jedenfalls behaupten wir, dass wir das mindestens ebenso gut wissen wie Behörden außerhalb der DG, die uns kaum kennen.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, bevor ich zum Schluss komme, in diesem Zusammenhang einige Aspekte aus der Sicht von ProDG noch einmal ein wenig in den Vordergrund zu rücken:

So begrüßen wir zunächst, dass die Regierung vorhat, verstärkt auf die Übertragung DER Zuständigkeiten hinzuwirken, die schon seit längerer Zeit angedacht waren, aber wegen der unsicheren Lage auf föderaler Ebene einige Jahre sozusagen auf Eis gelegen haben. Gemeint sind einige Kompetenzbereiche, auf die wir uns schon einige Zeit gut vorbereiten,

1. weil sie eine inhaltliche Bereicherung für die DG darstellen,
2. weil sie komplementär also eine Ergänzung sind zu jetzt schon bestehenden Befugnissen
3. und weil sie ohne nennenswerten bürokratischen Mehraufwand zu bewältigen sind.

Folgende Bereiche sind gemeint:

1. Das Gemeindegesetz,
2. der soziale Wohnungsbau und
3. die Raumordnung

So begrüßen wir des Weiteren, dass die Regierung beabsichtigt, auf die rasche Übertragung der Zuständigkeiten, welche im Augenblick noch von der untergeordneten Behörde Provinz ausgeübt werden, zu drängen.

Selbstverständlich müsste diese Übertragung einher gehen mit den Mitteln, welche die Provinz im Augenblick von den Steuerzahlern der DG erhält, ohne dass dafür auch nur annähernd ein zufriedenstellender Rückfluss an Leistungen verbunden wäre.

Käme nicht nur weniger als 10 Prozent von dem, was unsere Bürger

einzahlen, von der Provinz zurück, sondern hundert Prozent und könnten wir selber über diese Mittel verfügen, wäre es uns möglich, sehr schnell einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Außerdem käme möglicherweise Bewegung in eine Akte, die den Menschen hierzulande unter den Nägeln brennt, die zudem Gegenstand einer aktuellen Frage von Frau Stoffels anlässlich der letzten Plenarsitzung war und die seit letzten Freitag wieder beklemmend aktuell geworden ist, nämlich die Frage der Hilfeleistungszonen und der Ausbildung der Rettungssanitäter ...

So begrüßen wir beispielsweise auch, dass auch zusätzliche Befugnisse in der Beschäftigungspolitik auf der Liste der Zuständigkeiten stehen, die uns übertragen werden sollen. Sie werden uns ermöglichen, auf unsere besondere Situation hier vor Ort gezielt einzugehen:

Wir könnten die Gelder des föderalen Begleitplanes und z.B. des Aktiva-Plans, welche vom Föderalstaat besonders für jüngere Arbeitslose freigemacht worden sind, gezielt für unsere Arbeitslosen ab 50 einsetzen, eben weil es hier bei uns vergleichsweise wenig jugendliche Arbeitslose, dafür umso mehr ältere Arbeitssuchende gibt. Auch das meinte ich, als ich eben von maßgeschneiderten Lösungen sprach.

Meine Damen und Herren, mit den vier von mir vorhin aufgegriffenen Eckpfeilern, die laut Regierungserklärung den Rahmen abstecken, innerhalb dessen sich das politische Leben der DG bewegt, hat die Regierung die Situation absolut realistisch und treffend beschrieben.

Diese Regierungserklärung entspricht darüber hinaus weitgehend den Grundsätzen der ProDG-Fraktion:

1. sie geht die Dinge pragmatisch und realistisch an;
2. sie strebt pragmatische, gerechte, ausgewogene Lösungen für eine stetige Verbesserung der Lebensumstände der Menschen in der DG an;
3. sie übernimmt Verantwortung hier vor Ort, ist auch mutig, wägt aber die Risiken sorgfältig ab;
4. sie zeigt (...) auch den Mut und die Bereitschaft, weitere Verantwortungsbereiche, die uns übertragen werden sollen, beherzt, aber wohl überlegt anzunehmen und genau so pragmatisch auszufüllen wie die bisherigen Zuständigkeiten;

5. sie entwickelt Visionen, verwehrt sich aber kurzlebigen Schnellschüssen und verfolgt zielstrebig eine Politik der kleinen Schritte und der ständigen Hinterfragung und Bewertung.

Ich verrate Ihnen daher ganz sicher kein Geheimnis, wenn ich sage, dass wir dieser Regierungserklärung und dem darin beschriebenen Programm unser Vertrauen schenken werden